

Antrag Nr.



Fraktion im Rat der Stadt Essen

An den Oberbürgermeister der Stadt Essen
Herr Oberbürgermeister Thomas Kufen

Kopstadtplatz 13, 45127 Essen

Telefon (02 01) 24 76 41 3

Fax (02 01) 24 76 41 9

An die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeit und
Gesundheit
Frau Julia Jankovic

E-Mail info@gruene-fraktion-essen.de

06.07.2026

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Zuständigkeiten

Rat der Stadt Essen	08.07.2026	Entscheidung
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	15.09.2026	Kenntnisnahme

TOP 51: Integriertes Entwicklungskonzept „Zukunft.Essen.Innenstadt“ – Aufnahme des Leitprojekts „Betreute Aufenthaltsfläche Hoffnungstraße“, hier: Weiterentwicklung zu einer Toleranzzone

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kufen,
Sehr geherter Frau Jankovic,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, der Rat der Stadt Essen beschließt und der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nimmt zur Kenntnis:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- 1. sich gegenüber dem Land NRW und dem Bund dafür einzusetzen, rechtliche Spielräume für ein Modellprojekt „Toleranzzone Hoffnungstraße“ zu schaffen. Hierbei soll die betreute Aufenthaltsfläche an der Hoffnungstraße oder Räumlichkeiten innerhalb der Suchthilfe Essen zu einer Toleranzzone für die kontrollierte Weitergabe („Mikrohandel“) unter Süchtigen im Sinne des „Zürcher Modells“ weiterentwickelt und wissenschaftlich evaluiert werden. Ziel ist es, Konsum und Beschaffung aus dem öffentlichen Raum in die Strukturen der Suchthilfe Essen zu verlagern und die von Sucht betroffenen Personen so näher an die Hilfestrukturen anzubinden.**
- 2. die Einrichtung von weiteren Tagesruhebetten in den Räumlichkeiten der Suchthilfe Essen zu prüfen.**

Begründung:

Die offene Drogenszene in der Essener Innenstadt hat sich insbesondere durch den stark zunehmenden Crack-Konsum verändert. Die gesundheitlichen Folgen für suchtkranke Menschen verschärfen sich, gleichzeitig wachsen die Herausforderungen für Anwohner:innen, Gewerbetreibende und Besucher:innen.

Die bisherigen Maßnahmen haben sich als nicht nachhaltig erwiesen. Erforderlich ist ein Ansatz, der Hilfe, Schutz und öffentliche Ordnung miteinander verbindet. Die Stadt Zürich verfolgt in der Drogen- und

Suchtpolitik einen pragmatischen und integrativen Ansatz mit einem 4-Säulen-Modell aus Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression. In Essen erfüllen wir durch die vernetzte Hilfestruktur rund um das Suchthilfezentrum an der Hoffnungstraße bereits einen Großteil des Modells. Ziel ist deshalb die Erprobung einer Toleranzzone für sog. Mikrohandel unter Süchtigen nach Vorbild des „Zürcher Modells“ auf der betreuten Aufenthaltsfläche oder in den Räumlichkeiten der Suchthilfe Essen. Im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Modellprojekts soll ein eng begrenzter und kontrollierter Umgang mit Mikrohandel unter Suchtkranken ermöglicht werden, ohne bestehende strafrechtliche Regelungen zu unterlaufen. Voraussetzung hierfür sind klare und rechtssichere Rahmenbedingungen für die Träger der Einrichtungen und die dort tätigen Fachkräfte. Nur so kann die Suchthilfe Essen ihre Funktion als gesundheitlichen Schutzraum erfüllen, ohne Mitarbeitende in rechtliche Graubereiche zu bringen.

Die Oberbürgermeister von Düsseldorf und Köln haben eine entsprechende Initiative für Modellprojekte auf Landesebene bereits eingebracht - die Stadt Essen soll sich dem nun anschließen.

Flankierend sollen weitere Tagesruhebetten im bzw. in direkter Anbindung an das Suchthilfezentrum geschaffen werden. Sie dienen der kurzfristigen Entschärfung akuter Notlagen, schützen vor weiterer Verelendung und erleichtern den Zugang zu medizinischen und sozialen Hilfen, insbesondere für crackkonsumierende Menschen.

Durch die räumliche Bündelung der Hilfsangebote an der Hoffnungstraße können Konsum und Aufenthalt stärker aus der Innenstadt verlagert werden. Gleichzeitig entstehen klare Regeln: außerhalb der Toleranzzone wird eine konsequentere Durchsetzung ordnungsrechtlicher Maßnahmen ermöglicht. Die Erfahrungen aus Zürich zeigen, dass ein solcher integrierter Ansatz sowohl die offene Drogenszene als auch drogenbedingte Gewalt und Konflikte im öffentlichen Raum deutlich reduzieren kann. Ziel ist es, Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt zu erhöhen und gleichzeitig suchtkranken Menschen einen würdevollen und niedrighschwelligem Zugang zu Hilfen zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Sandra Schumacher
Fraktionsvorsitzende

Stephan Neumann
Fraktionsvorsitzender